19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Dr. Turgut Altuğ und Julian Schwarze (GRÜNE)**

vom 23. Juni 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. Juni 2025)

zum Thema:

EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur: Welche Schritte plant Berlin zur Umsetzung? – II –

und **Antwort** vom 4. Juli 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Juli 2025)

Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Herrn Abgeordneten Dr. Turgut Altuğ (Bündnis 90/Die Grünen) und
Herrn Abgeordneten Julian Schwarze (Bündnis 90/Die Grünen)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/23049

vom 23. Juni 2025

über EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur: Welche Schritte plant Berlin zur
Umsetzung? – II –

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche Informationen hat der Berliner Senat bezüglich des Stands der Erarbeitung des sogenannten nationalen Wiederherstellungsplans durch den Bund?

Antwort zu 1:

Am 19. Mai 2025 hat die EU Kommission die Durchführungsverordnung für das einheitliche Format des Wiederherstellungsplans veröffentlicht. Dieses Format ist die Grundlage für den nationalen Wiederherstellungsplan, dessen Befüllung vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) koordiniert wird. Unterstützt wird der Bund dabei durch ein Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (FuE), welches mit verschiedenen Aufgaben betraut ist: Analyse rechtlicher Grundlagen, fachliche Analysen und Maßnahmenentwicklung für Binnenland, Küste, Küstenmeer und Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) sowie Öffentlichkeitsarbeit und Stakeholderbeteiligung.

Derzeit gibt es verschiedene Handlungsstränge, die die Grundlagen für den Wiederherstellungsplan konkretisieren und definieren werden. Dazu gehören unter anderem folgende Prozesse:

- Identifizierung von national verfügbaren Daten für die einzelnen Artikel, die vom Bund bereitgestellt werden
- Erarbeitung einer artikelübergreifenden Maßnahmenliste
- Erarbeitung des Eingabetools zur Befüllung des nationalen Wiederherstellungsplans
- Abstimmungsprozesse in den für die jeweiligen Artikel verantwortlichen Facharbeitsgruppen und Gremien
- Länderspezifische Diskussionen, insbesondere bezüglich der zu berichtenden Maßnahmen in Teil C des Wiederherstellungsplans

Frage 2:

Inwieweit ist der Berliner Senat in den Erarbeitungsprozess des nationalen Wiederherstellungsplans eingebunden?

Antwort zu 2:

Berlin ist in allen relevanten Bund-Länder Prozessen, Arbeitsgruppen und Gremien durch die jeweils zuständige Senatsverwaltung vertreten, die sich mit den Abstimmungen zum nationalen Wiederherstellungsplan befassen. Dazu gehören unter anderem die WVO-Facharbeitsgruppe beim Bundesamt für Naturschutz und deren Unterarbeitsgruppen sowie die Adhoc-Arbeitsgruppe der Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz (LANA), die WVO-Arbeitsgruppe der Forstchefkonferenz sowie Arbeitsgruppen zu den Themen Landwirtschaft, Wasser und Stadtentwicklung.

Frage 3:

Welche Abteilungen müssen und was bis zu welchen Zeitpunkten bearbeiten, um den Vorgaben der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur zu genügen?

Frage 4:

Welche Aufgaben hat das Bundesland Berlin in Abgrenzung zum Bund bei der Umsetzung der EU-Verordnung 2024/1991 über die Wiederherstellung der Natur?¹

Antwort zu 3 und 4:

Diese Fragestellungen können zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden, da die Abstimmung über Zuständigkeiten und notwendiger Beiträge zum ersten Entwurf des Wiederherstellungsplans auf Bundesebene noch nicht abgeschlossen ist.

Parallel zu den Abstimmungsprozessen auf Bundesebene befinden sich die Senatsverwaltungen in einem ressortübergreifenden Austausch untereinander.

---

¹ https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ%3AL_202401991

Frage 5:

Inwieweit müssen die Länder bis zum 1. September 2025 ihre Beiträge zur Durchführung der Wiederherstellungs-VO entwerfen und ans BfN übermitteln?

Antwort zu 5:

Die sich aus der Abstimmung ergebenden Daten und Beiträge sollen bis spätestens zum 1. Oktober 2025 an das BfN übermittelt werden.

Frage 6:

Welche Schritte plant der Senat und bis wann zur Umsetzung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur und welche Ziele werden von dem Senat diesbezüglich verfolgt?

Antwort zu 6:

Derzeit beschäftigen sich die relevanten Fachbereiche der Berliner Verwaltung vorrangig mit den oben benannten Prozessen. Zusätzlich werden bereits erste Scopings zu weitergehenden Daten, Flächen und Maßnahmen durchgeführt, die voraussichtlich im nächsten Berichtszeitraum von Relevanz sein werden.

Zur Umsetzung des Artikel 8 der Wiederherstellungsverordnung (WVO) wurde zudem eine Arbeitsgruppe mit dem Bundesministerium für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung (BMWSB) und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände gebildet. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen ist über die Fachkommission Städtebau der Bauministerkonferenz eingebunden.

Das BMWSB strebt eine bundesweit einheitliche Empfehlung zur Abgrenzung der städtischen Ökosysteme an, die von den Ländern mitgetragen werden soll. Die Erfassung auf Grundlage der Copernicus Satellitendaten sowie das Monitoring können dann über das BfN erfolgen, so dass eine länderseitige Erfassung nicht notwendig wäre. Die Abstimmungen hierzu finden derzeit statt.

Frage 7:

Welche Auswirkungen hat die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur auf

- a) Planungsprozesse der Stadtentwicklung,
- b) Realisierung von Bauvorhaben und
- c) den Schutz von Stadtnatur und Wald in Berlin?

Antwort zu 7a und 7b:

Die WVO ist als Rechtsverordnung erlassen und gilt damit unmittelbar. Aus Sicht des BMWSB besteht aber zur Umsetzung des Artikels 8 der WVO (städtische Ökosysteme) noch Konkretisierungsbedarf. Daher ist derzeit eine Berücksichtigung im Rahmen der Bauleitplanung

noch nicht möglich. Die relevanten bauleitplanerischen Bezüge sollen über das Baugesetzbuch (BauGB) und die Baunutzungsverordnung (BauNVO) mit einer Novelle Ende 2025 sowie eine Änderung des Bundes-Naturschutzgesetzes (BNatSchG) umgesetzt werden. Daher kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Einschätzung über mögliche Auswirkungen auf die Stadtentwicklung oder einzelne Bauvorhaben abgegeben werden.

Antwort zu 7c:

Die WVO stärkt die naturschutzfachlichen Zielsetzungen im Land Berlin. Es werden daher positive Auswirkungen angenommen. Konkrete Auswirkungen einzelner Maßnahmen können erst nach Beschluss des nationalen Wiederherstellungsplans abgeschätzt werden.

Berlin, den 04.07.2025

In Vertretung
Britta Behrendt
Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt